

Die Woche

Fehlt Ihnen was, liebe Leser?



Von
Joachim Schmidt

Viele werden sich nur noch dunkel daran erinnern, aber es gab nach der letzten Bundestagswahl eine Zeit, da hatten wir praktisch keine Regierung. Genauer gesagt eine nur „geschäftsführende“. Die Parlamentarier waren zwar gewählt, hatten aber Pause. Wochenlang. Die SPD wollte damals nicht wieder als Juniorpartner unter Angela Merks CDU mitregieren und FDP-Chef Christian Lindner hatte die zähen schwarz-grün-gelben Koalitionsverhandlungen plötzlich und unerwartet platzen lassen.

Damals fiel vielen Menschen auf, dass ihnen eigentlich nichts fehlte – so ohne ordentliche Regierung und arbeitende Volksvertreter.

So ähnlich ist es jetzt mit der Politik in Recklinghausen. Öffentliche Sitzungen, politische Visionen, flammende Reden und hart umkämpfte politische Beschlüsse – alles Fehlanzeige seit der Wahl im September, also vor knapp vier Monaten.

Und? Fehlt Ihnen was, liebe Leserinnen und Leser?

Mir, ehrlich gesagt, schon. Ich vermisse ambitionierte Pläne und Projekte, die eine neue schwarz-grüne Koalition im Stadtrat ja anpacken wollte. Was machen wir denn jetzt

mit unseren neuen Stadtwerken? Wo bleiben die Grünen-Pläne zur klimafreundlichen Verkehrswende? Und wo der Abwehrkampf der Auto fahrenden Politiker?

Man könnte noch ein Dutzend weiterer Themen aufzählen, über die angesichts der alles beherrschenden Corona-Pandemie schlicht kein Sterbenswort mehr verloren wird. Stattdessen tauchen alle paar Wochen nur wachswenige, kaum durchdachte Vorschläge in der politischen Debatte auf und auch schnell wieder unter. Wie der Vorschlag der Grünen vom Anfang dieser Woche: Die Hundesteuer wollte man senken für Bürger, die einen Hund aus dem Tierheim übernehmen. Klingt gut, aber leider steht im Kleingedruckten der seit über einem Jahr geltenden entsprechenden Satzung bereits, dass die Hundesteuer in solchen Fällen gesenkt wird. Sogar länger als die Grünen es nun forderten.

Gut, Fehler können jedem mal unterlaufen. Auch die anderen Parteien waren wenig kreativ, und im Beamtendeutsch einer städtischen Satzung kann man tatsächlich auch mal etwas übersehen. Aber: Unsere noch recht frisch gewählten Kommunalpolitiker sind nun, angesichts der erneut verlängerten Pause der öffentlich stattfindenden Politik, wirklich in der Pflicht, ihren Wählern substantielle Lebenszeichen zu geben. Soll heißen: Auch bei hohen Corona-Infektionszahlen darf man über Klimawandel reden und über Schulpolitik erst recht. Oder kann man in der Stadt nichts mehr verbessern? Gar nichts?